

Humboldtianer treffen sich

Stipendiaten der Humboldt-Stiftung an der Uni

RNZ. 188 junge Forscher aus 48 Ländern sind vom 24. bis 26. November anlässlich der Netzwerktagung der Alexander von Humboldt-Stiftung in Heidelberg zu Gast. Die Stipendiaten der Stiftung werden mit Kollegen in Deutschland zusammenarbeiten. Ziel der Veranstaltung ist es, die neuen Humboldtianer untereinander und mit Heidelberg vertraut zu machen. Im Gespräch mit Mitarbeitern der Stiftung erhalten die Humboldtianer Tipps für das Forschen und Leben in Deutschland. Die meisten Teilnehmer kommen aus den Naturwissenschaften (131), gefolgt von 39 Geisteswissenschaftlern und 18 Teilnehmern aus den Ingenieurwissenschaften. Die meisten ausländischen Gäste stellen China (26), Indien (17) und die USA (16). Hinzu kommen 33 deutsche Feodor Lynen-Forschungsstipendiaten. Jährlich ermöglicht die Humboldt-Stiftung über 1 900 Forschern aus aller Welt einen wissenschaftlichen Aufenthalt in Deutschland.

Am Dienstag, 24. November, findet ein Rundgespräch zwischen Verantwortlichen aus Universität, Politik und Humboldt-Stiftung über die Internationalisierung der Universität Heidelberg statt, anschließend begrüßen der Prorektor für Forschung und Struktur, Prof. Kurt Roth, und Dr. Ulrike Albrecht, Leiterin der Abteilung Strategische Planung und Außenbeziehungen der Humboldt-Stiftung, die Tagungsteilnehmer. Am Mittwoch besuchen die Humboldtianer Institute der Universität. Hier berichten die internationalen Wissenschaftler über ihre aktuellen Forschungsschwerpunkte. Zudem können sie Kontakte untereinander und mit ihren deutschen Kollegen knüpfen.

Der Rohrbach kommt wieder

Im Ortskern wird er aber nur in einer Rinne fließen – Gemeinderat einstimmig für Sanierungskonzept

hö. Ohne Diskussion beschloss der Gemeinderat am Dienstagabend das Sanierungskonzept Rohrbach – und damit auch, dass der Rohrbach wieder freigelegt wird, und zwar als „große Lösung“ Obere Rathausstraße/Rathausplatz/Saulauf (wie es vor fünf Wochen der Bezirksbeirat Rohrbach beschloss). Der Stadtteilverein und Geschäfte und Wirtschaften in der Oberen Rathausstraße sind vehement gegen eine Freilegung hier, weil „die Bach“ genau dort fließen würde, wo jetzt noch geparkt werden kann. Und ohne die acht Parkplätze hätten es die Rohrbacher Geschäfte noch schwerer. Doch darüber setzte sich zunächst der Bezirksbeirat hinweg, nun folgte der Gemeinderat.

Der 1962 verdolte Rohrbach soll in der Höhe des Wanderwegs „Am Müllenberg“ als richtiger Bach renaturiert werden, an der Nordseite der Oberen Rathausstraße verlief er als Rinne, die sich dann über den Rathausplatz schlängelt, um nach dem Saulauf wieder in der Kanalisation zu verschwinden. Nur wird der Rohrbach im Stadtteilkern wenig Ähnlichkeit mit der Situation vor 1962 haben, denn die Bachsohle lag extrem tief und führte meist wenig Wasser. Er würde nun eher an die Freiburger „Bächle“ erinnern (wofür genügend Wasser da wäre).

Insofern wäre es weniger ein „Freilegen“ des historischen Baches, sondern eher eine „symbolische Andeutung“, denn der eigentliche Rohrbach müsste ansonsten ganz aus dem Abwassernetz genommen werden – was aber im Moment wegen sehr hoher Kosten unwahrscheinlich ist. Nun ist geplant, auf 1,2 Kilometer eine Wasserleitung vom Forstbrunnen bis zur Oberen Rathausstraße zu legen, was zwischen 210 000 und 430 000 Euro kostet. Die neue Rinne im Ortskern käme auf etwa 125 000 Euro.



So wie vor 1962 wird es garantiert nicht mehr: Damals lag das Bachbett von der Rathausstraße aus gesehen sehr tief – und oft führte der Rohrbach wenig Wasser. In diesem Bereich soll es eine schmale Rinne geben, die nach dem Saulauf wieder in die Kanalisation mündet. Repro: Popanda

„Ein Anbau geht einfach nicht“

SPD fordert wieder ein neues Konferenzzentrum am Bahnhof

hö. Die SPD kehrt wieder zu alten Positionen in Sachen Konferenzzentrum zurück: keinen Anbau an die Stadthalle, sondern ein Neubau am Bahnhof. Damit ist nun auch (wieder) offizielle Parteilinie, was SPD-Altstadtrat Karl Emer in einem Leserbrief angedeutet hatte: Gerade der Realisierungswettbewerb „Erweiterung Stadthalle“ habe gezeigt, dass ein Anbau einfach nicht funktioniere. So sieht sich die SPD-Fraktion in ihrer Auffassung bestätigt, dass ein modernes Kongresszentrum nur am Hauptbahnhof (und in keinem Fall als Erweiterung der Stadthalle) gebaut werden kann, meint SPD-Rätin Karin Werner-Jensen. Nur unter diesen gegebenen Umständen halte sie als Mitglied für die SPD im Preisgericht die Entscheidungen über die Preisvergaben für richtig.

Denn Tatsache sei, dass das lang gestreckte Gebäude zusätzlich mit Stadthalle und Marshall eine weitere massive Barriere zum Neckar bilde und nicht in die Altstadt passe. Zudem werde das denkmalgeschützte und zwischen zwei Plätzen angesiedelte Stadthallenensemble durch den Anbau zerstört. Es werde nicht nur der grüne Montpelier-Platz überbaut, es müssen auch die angrenzenden, keinesfalls baufälligen, Wohngebäude abgerissen werden. Die bestehende Andienung der Stadthalle werde nicht verbessert, sondern verschlechtert, zudem werde die ganze Verkehrsproblematik verschärft. Die SPD hofft nun auf eine neue Diskussion für ein Kongresszentrum am Standort Hauptbahnhof.

Doch spätestens dann bleibt die Frage, wieso Werner-Jensen im Preisgericht für den ihrer Meinung nach falschen Entwurf am falschen Standort gestimmt hat.

Deutschdidaktiker treffen sich an der PH

RNZ. Das „Zweite Heidelberger Symposium zum Literarischen Unterrichtsgespräch“ findet am Montag, 23. November, von 9.30 bis 18 Uhr im Hörsaal H 001 der Pädagogischen Hochschule statt. Das Institut für Deutsche Sprache und Literatur und ihre Didaktik lädt zu diesem Studientag anlässlich des 60. Geburtstags von Prof. Gerhard Härle ein. Der Studientag ist hochschulöffentlich. Unter dem Motto „Seit ein Gespräch wir sind und hören voneinander“ referieren namhafte Vertreter der Deutschdidaktik zu ihren Erfahrungen in und mit dem Literarischen Unterrichtsgespräch sowie zum theoretischen Kontext dieses didaktischen Konzepts.

Info: Das Programm sowie weitere Informationen stehen im Internet unter <http://www.ph-heidelberg.de/org/allgemein/deutsch.0.html>.

In Heidelberg fällt kein Kind durchs Netz

Rund 200 Teilnehmer diskutierten bei der Fachtagung „Frühe Hilfen und Kinderschutz“ – Viele Partner arbeiten hier eng zusammen

Von Maria Stumpf

„Es gibt Konstellationen, wo man wachsam sein muss“, betonte Prof. Georg Hoffmann. Er ist Ärztlicher Direktor der Angeli-Lautenschläger-Kinderklinik und sprach bei der Tagung „Frühe Hilfen und Kinderschutz“ über den medizinischen Kinderschutz und den schwierigen Umgang mit dem Verdacht auf Kindeswohlgefährdung. Die so genannte „Zehn-Prozent-Regel“ als Leitfaden „für den rein medizinischen Bereich“ trifft auf aufmerksame Zuhörer: Bei rund zehn Prozent aller verletzten Kleinkinder liege tatsächlich eine Misshandlung oder Vernachlässigung vor, rund zehn Prozent aller Frakturen seien durch Misshandlung entstanden.

Hoffmann benannte Risikofaktoren, zeigte Symptome und machte deutlich:

„Bei dem geringsten Verdacht wird bei uns sofort das Kinderschutzteam eingeschaltet.“ Teamarbeit mit allen Beteiligten in einem funktionierenden Netzwerk sei nicht nur wichtig, sondern man müsse diese auch pflegen und ihr die notwendige Beachtung und auch Zeit schenken. Die allermeisten Fälle an Kindesmisshandlungen würden sehr kleine Kinder betreffen, deshalb sei Prävention ein ganz wichtiges Thema.

Damit griff er den Faden von Prof. Manfred Cierpka auf, der als Ärztlicher Direktor für Psychosomatische Kooperationsforschung der Uni, im Vorfeld über die Konzepte früher Hilfen referiert hatte. Genau darum ging es bei der Fachtagung, die die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Uni-Klinikum veranstaltet hatte. Rund 200 Teilnehmer aus Deutschland waren zum Tagungsort in die Mu-

sik- und Singschule gekommen, darunter Mediziner, Pädagogen, Krankenschwestern und Hebammen.

Ein funktionierendes Kinderschutz werde sich vor allem durch eine wirkungsvolle Vernetzung bestehender Strukturen und Angebote erreichen lassen, meinte Myriam Feldhaus als Leiterin des städtischen Kinder- und Jugendamtes in ihrem Referat als Teil der Heidelberger Familienoffensive. „Dieses Netzwerk mit vielen Angeboten, wo Eltern angstfrei hingehen können, ist wichtig.“ Heidelberg habe mit dem Projekt „Heike – Keiner fällt durchs Netz“ schon lange ein gut ausgebautes Helfer- und Kooperationsnetz.

Heike ist ein lokal entwickeltes Frühwarnsystem mit Partnern der Jugendhilfe, der Kindereinrichtungen, der Schulen und anderen Trägern. Es ist ein Warn- und Notrufplan in einem Kinder- und Ju-

gendschutzprogramm. Dieses Netzwerk wird aktiv unterstützt von Ärzten, Pflegekräften und Hebammen und kooperiert mit dem Klinikum der Universität, Polizei, Justiz, Kindereinrichtungen und Beratungsstellen sind in die Abläufe integriert. Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie auch der professionellen Dienste für einen umfassenden Kinderschutz ist das Ziel, die Verzahnung aller Mitwirkenden soll das gesamte Hilfesystem stärken. Dr. Thomas Meysen, Leiter des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht Heidelberg, widmete seinen Vortrag mehr der rechtlichen Komponente, in Workshops bestand die Möglichkeit, Einzelfragen zu vertiefen.

Info: Nähere Informationen im Internet unter www.heidelberg.de/fruehehilfen

LESERBRIEFE

Teile des Schlossgartens gesperrt

Welche Baustelle?

Vor vielen Monaten bin ich das Friesentälchen und weiter unterhalb der Scheffelterrasse herauf gelaufen. Plötzlich stand ich vor einem Zaun: „Betreten der Baustelle verboten“. Das freut mich doch! Endlich wird die Pflege und Instandsetzung unseres wunderschönen Schlossparks in Angriff genommen.

Sechs Wochen später: Na ja, es wird jetzt bestimmt bald losgehen... Ich habe einige dort Beschäftigte gefragt, was da denn nun wann „gebaut“ wird. Keiner konnte mir eine Antwort geben. Seitdem sind viele Monate vergangen, die Zäune mit „Betreten der Baustelle verboten“ sind immer noch da und sogar mehr geworden. Mittlerweile sind erhebliche Teile des Parks angeblich eine Baustelle. Ich fühle mich nach und nach immer mehr ausgesperrt. Frage: Will das Land uns Bürger langsam aber sicher dazu bringen, endlich einzusehen, dass der Park umzäunt und auf die eine oder andere Art „privatisiert“ werden muss? Mit anschließendem gebührenpflichtigem Eintritt natürlich. Es ist Zeit für eine klare Ansage!
Bernd Blum, Heidelberg

Keine „Stolpersteine“ in Heidelberg

Endlich aufarbeiten!

Bisher wurden in Heidelberg alle Initiativen abgewehrt, in Heidelberg „Stolpersteine“ vor den Häusern anzubringen, aus denen in der Nazizeit jüdische Bürger brutal und erbarmungslos vertrieben wurden. Die 281 betroffenen jüdischen

Mitbürger könnten durch solche Stolpersteine Namen bekommen. Noch müssten in Heidelberg Menschen leben, die sich an diese einst aus schreiendem Unrecht vertriebenen Mitbürger erinnern können. Zu den Namen der brutal Vertriebenen könnten so Geschichten erzählt und gesammelt werden. Diese Überlieferung würde wirklich dafür sorgen, dass das vor mehr als 70 Jahren begangene Unrecht und dass die von diesem Unrecht betroffenen Menschen nicht vergessen werden. Das verstehe ich unter dem Aufarbeiten unserer deutschen und unserer Heidelberger Geschichte. Allerdings werde ich den Verdacht nicht los, dass die Menschen, die in Heidelberg Stolpersteine verhindern, dies aus ideologischen Gründen betreiben. Das aber darf nicht sein.
Alfger Scholl, Heidelberg

CDU-Räte fehlen in Ausschuss-Sitzung

Peinlich

Dankenswerterweise zeigt der Artikel, beeindruckend decouvrierend, wie ernst- bzw. im wahrsten Sinne des Wortes spaßhaft kommunalpolitische Mandatsträger mit dem Auftrag der Wähler umgehen. Während sich verantwortungsvolle Gemeinderäte in einer gemeinsamen Sitzung des Kultur- und Hauptausschusses zusammen mit der Verwaltung den Sorgen und Nöten der betroffenen Schüler, deren Eltern, Lehrern und Schulleitungen stellen und um eine Lösung für die Hauptschul-Problematik ringen, vertritt CDU-Frau Essig mit CDU-Herrn Gradel, sicher auch gemeinderätlich hart an karnevalistischen Problemen arbeitend, in der Faschingsgesellschaft von CDU-Herrn Barth in Ziegelhausen, die Weststadt. Oder warum waren sie sonst wohl dort? Honni soit qui mal y pense!
Monika Ober-Jung, Heidelberg

Mögliche Schließung von Hauptschulen

Unkollegial

Wenn Herr Bürgermeister Gerner meint, dass es „im benachbarten Eppelheim, Sandhausen und St. Ilgen bereits Werkrealschulen gebe, und die Eltern ihre Kinder dorthin schicken könnten“, kann ich weder den Menschen noch den Politiker Dr. Gerner verstehen. Eine Hilfe für die Heidelberger Hauptschüler stellt dies jedenfalls nicht dar. Wenn aber die Rektorin der Albert-Schweitzer-Schule sagt: „Für unsere Eltern ist die neue Werkrealschule in Eppelheim sicher eine Alternative“, muss ich diese indirekte Empfehlung für den Nachbarort im Falle einer Schließung der Hauptschule im Pfaffengrund als sehr unkollegial gegenüber den übrigen Schulleitern bezeichnen. Frau Rektorin Bohne-Becker ist Geschäftsführende Schulleiterin aller Heidelberger Grund-, Haupt-, Werkrealschulen, Real- und Sonderschulen, somit von diesen gewählt, um die Interessen aller dieser Schulen bei der Stadt ausgewogen zu vertreten. Ich möchte sehr in Frage stellen, ob sie dies in Zukunft noch kann.
Werner Hansen, Rektor a. D., HD

Verkauf des Wolfsbrunnens

Warum gerade jetzt?

Seit 1870 gehört das „Gasthaus zum Wolfsbrunnen“ der Stadt Heidelberg, die ihrer Verantwortung für dieses Kulturgut auch in sehr schwierigen Zeiten wie Wirtschaftskrise, Inflation, zweier Weltkriege und Nachkriegszeiten dennoch immer nachgekommen ist. Als Neubürgerin von Heidelberg frage ich mich nun: Warum will ausgerechnet heute in dieser relativ sicheren Zeit die Stadtverwaltung Heidelberg diese Verantwortung abschieben?
Claudia Sproll, Heidelberg

STADTHALLENANBAU – DIE DISKUSSION

> **Karl-Heinz Winterbauer, Heidelberg (Mitglied im Preisgericht, per E-Mail):** „Der Siegerentwurf ist von allen der schmalste. Dies verschafft Luft zu den Nachbargebäuden. Der eigenständige und nicht an die Stadthalle angebaute Entwurf ist unaufdringlich, elegant und steht durch seine Einfachheit bestechend neben der Stadthalle. Der nicht nur optisch gelungene Entwurf ist auch der kostengünstigste.“
> **Jürgen Müller, Dossenheim (per E-Mail):** „Man stelle sich vor, mit den stadthalleprämiierten Münchner Architekten einen lamellenbestückten Wintergarten für ein denkmalgeschütztes Haus in Heidelberg bauen zu wollen und die Pläne dann beim Denkmalamt einzureichen. Was würde wohl passieren? Preiswürdiges käme vermutlich nicht dabei raus – oder?“
> **Werner Hofmann, Eppelheim (per E-Mail):** „Wenn die alte Stadthalle denn schon zu einem Kongresszentrum ausgebaut werden soll, liegt es in der Natur der Sache, dass da ein Klotz neben das Jugendstilgebäude kommt. Also gilt es, diesen so unaufdringlich wie möglich an dieser exponierten Stelle zu platzieren. Da gefällt mir der zweite Entwurf deutlich besser als der ‚Siegerbunker‘.“
> **Dieter Pfeffer, Heidelberg (per E-Mail):** „Heidelberg rühmt sich, eine Dachlandschaft zu haben. Ich halte ein Dach an dieser Stelle für richtiger – und eigentlich auch ein Haus, keine fensterlose Kiste beziehungsweise Funktionsmaschine, die etwa einen ägyptischen Tempel oder eine Ruhmeshalle vorstellt.“
> **Alexander Bieringer, Heidelberg (per E-Mail):** „Der Siegerentwurf ist wohl an Hässlichkeit nicht zu übertreffen, er passt eher in die alte DDR als in unser denkmalbewusstes Heidelberg. Dieser

Entwurf ist eher die kranke (und nicht schlanke) Schwester der Stadthalle.“
> **Volker Voigtländer, Heidelberg (per E-Mail):** „Das Prädikat des Oberbürgermeisters ‚einfach praktisch‘ entlarvt den Siegerentwurf. Mag die Funktionalität auch erfüllt sein, so fehlen doch alle Elemente, die moderne Architektur im besten Sinne ‚aufregend‘ machen: Phantasie, Kühnheit und Subtilität. Nichts als rechte Winkel! Das ‚Totalitäre‘ im Entwurf wird zwar abgestritten, und doch wirkt dieser auf den Betrachter wie ein Zitat aus den dreißiger Jahren.“
> **Volker Kraft, Heidelberg (per E-Mail):** „Man kann dem Architekturbüro Karl+Probst nur zu diesem guten und in die Umgebung passenden Entwurf gratulieren. Sicher ist jede Änderung des einmaligen Ensembles der Heidelberger Altstadt gewöhnungsbedürftig, aber bevor Heidelberg wieder in Schönheit und Diskussionswut stirbt, sollte sich der Gemeinderat trauen, einen Schritt zu gehen, der heute noch unvorstellbar ist.“
> **Gerlinde Riegler, Heidelberg (per E-Mail):** „Alle bisher in der RNZ veröffentlichten Entwürfe zur vorgesehenen Erweiterung der Stadthalle finde ich völlig unpassend für den Standort in Heidelberg Altstadt. Hoffentlich wehren sich die Bürger gegen dieses Vorhaben. Am Bahnhof wäre wirklich der geeignete Platz für ein Kongresszentrum.“
> **Olaf Ininger, Heidelberg (per E-Mail):** „Wir sind schockiert! Dieser grausam hässliche Neubau – dieses Monstrum als Anbau an die Stadthalle schlägt dem Fass den Boden aus! Warum muss das einmalige Ensemble dieser Stadt zerstört werden? Warum brauchen wir überhaupt ein Kongresszentrum neben der Stadthalle, wo genügend Platz für einen Neubau am Bahnhof wäre?“